

Felix Syrovatka*

BSW, DIE LINKE und das Konzept der Gemeinschaft¹

Zusammenfassung: In dem Artikel werden die überraschenden Wahlergebnisse der Partei DIE LINKE und des Bündnisses Sahra Wagenknecht bei den Bundestagswahlen 2025 analysiert. Während bisherige Wahlanalysen primär taktische Faktoren betonen, wird im Beitrag eine strukturell-theoretische Perspektive entwickelt. Die zentrale These lautet, dass sich in der divergierenden Entwicklung beider Parteien unterschiedliche Verständnisse von Gemeinschaft und politischer Solidarität manifestieren. DIE LINKE griff erfolgreich auf das proletarische Gemeinschaftskonzept zurück, das subjektive Zugehörigkeitserfahrung mit praktischer Klassensolidarität verbindet, während das BSW mit seiner kommunitaristisch-republikanischen Gemeinschaftsidee daran scheiterte, dieses von völkischen Konzeptionen abzugrenzen.

Schlagwörter: BSW, Bundestagswahlen, DIE LINKE, Gemeinschaft, Kommunitarismus

Sahra Wagenknecht Alliance, The German Party THE LEFT and the Concept of Community

Abstract: This article examines the surprising electoral outcomes of DIE LINKE and Bündnis Sahra Wagenknecht in the 2025 federal elections. Whilst previous electoral analyses have primarily emphasised tactical factors, this contribution develops a structural-theoretical perspective. The central thesis argues that the divergent trajectories of both parties reflect distinct conceptions of community and political solidarity. DIE LINKE successfully drew upon the proletarian concept of community, which reconciles subjective experiences of belonging with practical class solidarity, whilst the BSW, with its communitarian-republican understanding of community, failed to distinguish this conception from right-wing ideologies.

Keywords: Communitarianism, Community, DIE LINKE, Elections, Left Parties

* Felix Syrovatka  leitet das Forschungsprojekt »Juridische Strategien im kollektiven Arbeitsrecht« an der Universität Jena. Er ist Mitglied der PROKLA-Redaktion.

1 Ich danke den Anmerkungen von Etienne Schneider, Thomas Sablowski, Sebastian Klauke sowie der Diskussion in der PROKLA-Redaktion.

Bei den Bundestagswahlen im Februar 2025 erzielte die Partei DIE LINKE einen Überraschungserfolg. Mit 8,8 Prozent gelang ihr nicht nur ihr bestes Ergebnis seit 2011, sondern, was noch bedeutsamer erscheint, auch der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde. Das ist insofern bemerkenswert, als die Partei noch im Dezember 2024 in Umfragen bei lediglich drei Prozent lag und ihr politisches Überleben ernsthaft infrage stand (PROKLA Redaktion 2022). Innerhalb weniger Wochen stiegen die Umfragewerte, sodass sich die Partei quasi »am eigenen Schopf« aus der drohenden Bedeutungslosigkeit ziehen konnte. Ein kräftiger Mitgliederzuwachs, eine deutliche Verjüngung der Mitgliederbasis sowie stabile Umfragewerte oberhalb der Fünf-Prozent-Hürde sprechen für ein Comeback der Partei. Die »Krise der Partei DIE LINKE« (Demirović 2022) scheint mit dem Wahlerfolg bei den Bundestagswahlen überwunden.

Parallel zu diesem Comeback scheiterte das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) mit 4,981 Prozent sehr knapp an der Fünf-Prozent-Hürde – ein Ergebnis, das für die ersten Wahlteilnahme respektabel war, aber deutlich hinter jenen Erwartungen zurückblieb, die durch die Erfolge bei Europa- und Landtagswahlen 2024 geweckt worden waren. Spätestens nach dem Eintritt in die Landesregierungen in Brandenburg und Thüringen war davon auszugehen, dass die Abspaltung des Parteiflügels um Sarah Wagenknecht von der Partei DIE LINKE eine Erfolgsgeschichte werden würde und der Sprung in den Bundestag reine Formsache sei. Die Wahlniederlage war für das als neue »Volkspartei« (FAZ vom 9.1.2024) angetretene BSW daher ein Schock, den sie nur widerwillig akzeptierte. Nach dem Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde ist es jedoch um das BSW ruhiger geworden. Dies schlägt sich auch in den Umfragen nieder, wo es bei drei bis vier Prozent rangiert. Es läuft insofern Gefahr in der Versenkung zu verschwinden.

Das Wahlergebnis wirft daher grundsätzliche Fragen über die strategische Ausrichtung der deutschen Linken auf und legt die Frage nahe, warum DIE LINKE ein solches Ergebnis erzielen konnte, während das BSW an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte. Während Wahlanalysen den Erfolg der LINKEN primär mit taktischen Faktoren erklären – verbesserte Kommunikation (Candeias 2025), innovative Wahlkampfmethoden in Form von Haustürgesprächen und direkter Kontakt (Kanzleiter 2025; Wolter 2025) sowie die richtige und begrenzten Themenwahl (Fiedler u.a. 2025; Warnke 2025; Wolf 2025) – wird im folgenden Beitrag eine strukturell-theoretische Perspektive entwickelt.

Dabei soll keineswegs bestritten werden, dass die Wahlergebnisse der LINKEN und des BSW auf dem komplexen Zusammenspiel verschiedener, teils stark kontingenter Faktoren beruhen. Vielmehr füge ich in diesem Beitrag den bestehenden Wahlanalysen einen weiteren Erklärungsfaktor hinzu. Die

zentrale These lautet, dass sich in der divergierenden Entwicklung beider Parteien unterschiedliche Verständnisse von Gemeinschaft und politischer Solidarität manifestieren, die für die zukünftige Ausrichtung linker Politik in Deutschland von entscheidender Bedeutung sind. Ausgangspunkt dieser Analyse ist die Beobachtung, dass mit dem Niedergang traditioneller sozialdemokratischer und sozialistischer Organisationsformen auch spezifische Konzepte politischer Gemeinschaftsbildung an Bedeutung verloren haben. Die Spaltung der Linkspartei und die Gründung des BSW können als Ausdruck verschiedener Strategien zur Reaktivierung kollektiver Handlungsfähigkeit interpretiert werden – Strategien, die jedoch auf grundlegend unterschiedlichen theoretischen Prämissen beruhen. Während DIE LINKE Gemeinschaft im Sinne eines proletarischen Kollektivismus definierte und in konkrete politisch-praktische Handlungen übersetzte, scheiterte das BSW darin, seine kommunaristisch-republikanische Gemeinschaftsidee medial zu kommunizieren und von der völkischen Gemeinschaftskonzeption der AfD abzugrenzen.

Proletarischer Kollektivismus

Die Idee von Gemeinschaft ist keineswegs eine originär linke Erfindung, sondern gehört zum soziologischen Grundvokabular² (Gertenbach u.a. 2010; Tönnies 2019; Weber 1980). Der Begriff wurde in der Vergangenheit vor allem dazu verwendet, den Übergang zur kapitalistisch geprägten Gesellschaftsformation zu beschreiben und das Entstehen der »Moderne« zu kritisieren (Durkheim 1992; Tönnies 2019). Nicht selten diente der Begriff auch dazu, patriarchale Dorfstrukturen zu erklären, demokratische Entwicklungen und Selbstbestimmung zu diskreditieren und eine Rückkehr in eine vermeintlich bessere, »organische« Vergangenheit zu propagieren (Plessner 2002).

Als Ausgangspunkt der Argumentation bietet die Gemeinschaftsdefinition von Max Weber (1980: 21) als Produkt »subjektiv gefühlter Zusammengehörigkeit der Beteiligten« einen analytischen Rahmen zur Untersuchung verschiedener Formen kollektiven Handelns. Der Fokus seines soziologischen Analysebegriffs liegt auf der emotionalen Bindung des Individuums an kollektive Strukturen, insbesondere auf dem Prozess der Vergemeinschaftung. Damit eröffnet der Begriff die Möglichkeit, sowohl lokale Gemeinschaften, die auf realen interpersonalen Beziehungen oder räumlicher Nähe – etwa in Familien- oder Dorfstrukturen – beruhen, als auch sekundäre, das heißt, imaginäre Gemeinschaften wie Nationen oder Religionen, analytisch zu fassen.

² Zur linken Rezeptionsgeschichte, insbesondere von Tönnies grundlegendem Werk *Gemeinschaft und Gesellschaft*, siehe Klauke (2022).

Weber (1980: 234) betont darüber hinaus die Grenzziehung zu einem Anderen, als zentrales Element im Prozess der Vergemeinschaftung. Diese Grenze kann räumlicher, eigentumsbezogener, kultureller oder auch völkischer Natur sein und stiftet letztlich das Bewusstsein der eigenen Gemeinschaft. In ihrer Idealvorstellung erscheint die Gemeinschaft als Schutzraum, in dem Solidarität und Hilfsbereitschaft dominieren und in dem das wechselseitige Aufrechnen von Leistungen fremd ist. Damit einher geht jedoch auch eine moralische Verpflichtung, entsprechend den eigenen Fähigkeiten einen Beitrag zur Gemeinschaft zu leisten (Schäfers/Lehmann 2024).

Ende des 19., Anfang 20. Jahrhunderts spielte der Gemeinschaftsbegriff in der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung eine zentrale Rolle. Auch innerhalb der Arbeiterbewegung war er virulent, wobei diese ein spezifisches Verständnis von Gemeinschaft entwickelte (Lösche/Walter 1989: 521ff.). Der Schwerpunkt verlagerte sich weg vom rein subjektiven Zugehörigkeitsgefühl, hin zu materiell-praktischer Solidarität. Gemeinschaft wurde nicht allein dort verortet, wo ein subjektives Zugehörigkeitsgefühl bestand, sondern insbesondere dort, wo aus den materiellen Lebensverhältnissen ein übergreifendes, objektives Klasseninteresse erwuchs. Klassenzugehörigkeit begründete an sich zwar keine Gemeinschaft, stellte allerdings die Grundlage für proletarisches Gemeinschaftshandeln dar (Weber 1980: 531). Gemeinschaft entstand also überall dort, wo erstens subjektive Zugehörigkeitserfahrungen und zweitens konkrete Klassensolidarität zusammenkamen und praktisch in direkter sozialer Interaktion erfahrbar wurden – etwa in Gewerkschaften, Genossenschaften oder in politischen Kämpfen um Gemeineigentum und Wirtschaftsdemokratie.

Insofern war die Herstellung von Gemeinschaft stets eng mit den politischen Zielsetzungen und Zukunftsentwürfen der Arbeiterbewegung verknüpft, ging es doch immer um die Verwirklichung gemeinschaftlicher Produktions-, Reproduktions- und Konsumitionsverhältnisse. Die Idee der Gemeinschaft manifestierte sich in kollektiven Eigentums- und Entscheidungsformen. So gehörte die Kollektivierung von Land für den Ackerbau ebenso zu den zentralen Ideen der Arbeiterbewegung wie die Förderung kollektiver Lebensweisen oder die Sozialisierung großer Unternehmen. Fritz Naphtali (1928: 42) betont etwa, dass Wirtschaftsdemokratie erst dann erreicht sei, wenn die »freiheitsrechtliche Entwicklung der Arbeit auch eine gemeinheitsrechtliche Entwicklung des Eigentums entspricht«. Selbst der Begriff des Kommunismus verweist etymologisch auf Gemeinschaft (*communis*) und zielt auf eine »Assoziation³,

3 Bei Marx und Engels scheinen die Begriffe Gemeinschaft und Assoziation synonym gebraucht zu werden, wobei hier eine genauere Analyse sinnvoll wäre.

worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist« (MEW 4: 482).

Die besondere Betonung der Gemeinschaft innerhalb der Arbeiterbewegung entsprang daher nicht bloß theoretischen Überlegungen, sondern erwuchs unmittelbar aus der konkreten kollektiven Praxis (Streeck 2025). Die Durchsetzung des Kapitalismus transformierte gemeinschaftliches Eigentum in Privateigentum und machte ehemals gemeinsam genutzte Flächen zu Privatland (MEW 23: 754). Aus vormals existierenden Gemeinschaften wurde – wie im Gesetz *Loi Le Chapelier* nach der Französischen Revolution von 1791 festgehalten – die Privatrechtsgesellschaft, in der nur noch Individuen existieren, die über Verträge miteinander verbunden sind. Der einzelne Arbeiter wurde so zwar vom Sklaven zum formal freien und gleichen Privatrechtssubjekt, war nun jedoch gezwungen, seine Arbeitskraft auf dem Markt anzubieten. Da die Ware Arbeitskraft »keinen andern Behälter hat als menschliches Fleisch und Blut« (MEW 6: 399), agiert ihr Besitzer stets aus einer existenziell abhängigen Position heraus. Die grundlegende Abhängigkeit vom Verkauf der eigenen Arbeitskraft führt dazu, dass der Arbeiter – anders als der Warenbesitzer im klassischen Sinne – sein Angebot bei sinkenden Marktpreisen nicht verknapp, sondern ausweitet, um nicht zu verhungern, und letztlich gezwungen ist, jeden Preis für seine Arbeitskraft zu akzeptieren (Stützel 1981). Das individuelle Arbeitsverhältnis wird so zu einem asymmetrischen Austauschverhältnis und der Arbeitsvertrag zu einem Knechtschaftsvertrag (Rödl 2012).

Diese individuelle Marktlogik wurde von der organisierten Arbeiterbewegung gezielt durch kollektives Handeln durchbrochen. Streiks dienten dabei nicht nur dazu, ein Kartell auf dem Arbeitsmarkt zu bilden und das Arbeitsangebot zu verknappen, sondern vor allem dazu, durch Kollektivverträge gemeinsame Arbeitsnormen zu etablieren (Syrovatka 2025). Erst im und durch das Kollektiv war es dem Einzelnen möglich, seine Abhängigkeit vom Arbeitgeber zu relativieren und Einfluss auf die eigenen Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen zu gewinnen (Schulten 2025). Während das Individuum als vereinzelter Marktteilnehmer der Macht des Arbeitgebers ausgeliefert war, entstand in der Gemeinschaft kollektive Handlungsmacht (Sinzheimer 1907). Die gemeinschaftliche Logik der Solidarität hob die individualisierende Konkurrenzlogik der bürgerlichen Gesellschaft auf. Die zentrale Praxis der Arbeiterbewegung zielte daher stets darauf ab, die Vorherrschaft des Individualismus durch die Schaffung und Stärkung von Gemeinschaft zu durchbrechen und zu überwinden.

Indem die Gewerkschaften in der Vergangenheit durch kollektives Handeln einen solidarischen Schutzraum schufen und eine kollektive Identität

organisierten, konnte die Arbeiterbewegung jene sozialen Errungenschaften erkämpfen, die unser heutiges Leben lebenswert machen. Entscheidend war dabei, dass sich der individuelle Wille zwar an der Bildung des Kollektivwillens beteiligte, sich diesem jedoch kritisch-solidarisch unterordnete. Nur so entstand jene kollektive Macht, die imstande war, die Gesetze der bürgerlichen Gesellschaft zu durchbrechen und Verhältnisse zu schaffen, in denen einzelne Arbeiter*innen ihre Stimme erheben konnten. Diese solidarische Gemeinschaft beschränkte sich nicht auf die ökonomische und politische Sphäre, sondern war kulturell, institutionell und räumlich tief in den Lebenswelten der Arbeiter*innen verwurzelt: In Sportvereinen, Selbsthilfegruppen, Jugendvereinen, Wohnsiedlungen, durch Feste und Feiertage waren praktische Klassensolidarität und kollektive Zugehörigkeit erfahrbar, womit sie auch im Alltag reproduziert wurden (Lösche/Walter 1989).

Spätestens seit den 1970er-Jahren gehen diese solidarischen Gemeinschaften nahezu flächendeckend zurück. Der kapitalistische Strukturwandel veränderte die Zugriffsweisen auf die Ware Arbeitskraft substanzell durch die Reorganisation des Produktionsprozesses. Flexibilisierte Arbeitsformen, raum-zeitliche Entgrenzung und die Einführung neuer Technologien veränderten die materiellen Erfahrungen im Arbeitsprozess und förderten Prekarisierung- und Exklusionsprozesse (Bieling 2000; Nachtwey 2016). Zugleich ging die Herausbildung postfordistischer Gesellschaftsformationen wesentlich mit der politischen Zerschlagung kollektiver Solidarstrukturen einher. Prägnant sichtbar wurde dies etwa in der gewaltsmalen Niederschlagung des britischen Bergarbeiterstreiks von 1984, der einen paradigmatischen Angriff neoliberaler Modernisierungsstrategien markierte: An die Stelle kollektiver Gemeinschaften trat das Prinzip des Individuums (Gallas 2016; Wedderburn 1989). Die verstärkte Betonung individueller Autonomie und negativer Freiheit begünstigte die Etablierung neuer Konkurrenzformen und unterminierte nicht nur tradierte Sozialbeziehungen, sondern auch solidarische Strukturen und Schutzräume. Entwicklungen, die in der soziologischen Debatte unter Begriffen wie »Subjektivierung« (Kleemann u.a. 1999) und »Beschleunigung« (Rosa 2005) von Arbeit analytisch gefasst werden, verweisen auf eine fortschreitende Individualisierung und Intensivierung von Konkurrenzverhältnissen (Bieling 2000). Der Niedergang der Sozialdemokratie und der herbe Mitgliederverlust der Gewerkschaften in weiten Teilen Europas sind stille, aber deutliche Indikatoren dieser Umbrüche.

Mit dem Niedergang solidarischer Gemeinschaften verschwand auch der Gemeinschaftsbegriff aus dem Vokabular der deutschen Linken. Die konervative bis völkische Vereinnahmung des Begriffs – von der romantisierten Dorfgemeinschaft bis hin zur nationalsozialistischen Volksgemeinschaft –

begründete mit der 68er-Bewegung, spätestens aber mit der antideutschen Bewegung der 1990er-Jahre seine Vermeidung. »Gemeinschaft« erhielt per se einen autoritären Beigeschmack, der ihn für emanzipatorische Politikansätze unbrauchbar erscheinen ließ. An seine Stelle traten alternative theoretische Konzepte wie die »Multitude« (Hardt/Negri 2004), die als die »Bewegung der Vielen« übersetzt wurde. Diese Begrifflichkeiten korrespondierten mit einem Freiheitsverständnis, das Freiheit nicht mehr positiv als Ermöglichung kollektiver Gestaltungsmacht konzipierte, sondern sie ausschließlich negativ als Abwesenheit von (kollektiven) Zwang definierte (Berlin 2005). Damit einher ging eine Vorstellung individueller Autonomie, die das Kollektiv seiner eigenständigen politischen Substanz beraubte und es zu einer bloßen Aggregation, zu einem »Set von Singularitäten« (Hardt/Negri 2004: 99) reduzierte – zu jener »Multitude«, die paradoxerweise den Verlust kollektiver Handlungsfähigkeit theoretisch zu rechtfertigen suchte und dabei die Notwendigkeit strukturbildender Organisation und solidarischer Gemeinschaft übersah (Deppe 2016: 391ff.).

Dabei scheint das Bedürfnis nach solidarischer Gemeinschaft, verstanden als subjektives Zugehörigkeitsgefühl und (Klassen-)Solidarität, keineswegs geringer geworden zu sein (Boehnke u.a. 2024; Forsa 2025). Zwar hat die postfordistische Gesellschaftsformation neue Möglichkeiten individueller Selbstentfaltung geschaffen, gleichzeitig jedoch auch zu größerer Unsicherheit, Entsolidarisierung und subjektiver Ohnmacht geführt (Calhoun u.a. 2024). Der »Arbeitskraftunternehmer« (Pongratz/Voß 2003) sieht sich einem permanenten Optimierungzwang ausgesetzt, um sich auf einem volatilen und deregulierten Markt im verschärften Konkurrenzkampf zu behaupten. Auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen führt die verstärkte Betonung von Selbstverantwortung und Autonomie dazu, dass individuelle Lösungsstrategien für Herausforderungen nahegelegt werden, die letztlich nur oder zumindest besser durch kollektives Handeln und die Bildung von Gemeinschaft bewältigt werden können (Amlinger/Nachtwey 2023: 70).

Für das Individuum ist es dabei unerheblich, ob es sich um die Heizkostenrechnung oder um den Klimawandel handelt: Steht es dem Problem ohnmächtig gegenüber, weil es sich der individuellen Bearbeitung entzieht, wächst das subjektive Bedürfnis nach Zugehörigkeit und Solidarität – also nach Gemeinschaft (Case u.a. 2015; Ma u.a. 2024). Heute wird dieses Bedürfnis insbesondere von rechtspopulistischen Akteuren adressiert, die mit dem Konzept der nationalen Gemeinschaft eine sekundäre, das heißt: imaginierte, Form von Gemeinschaft offerieren (Calhoun 1991). Wie es Didier Eribon (2023) und Édouard Louis (2015) am Beispiel französischer Arbeitersiedlungen eindrücklich schildern, hat diese Vorstellung imaginierter Gemeinschaft

und völkisch-exklusiver Solidarität in weiten Teilen die ehemals solidarischen Gemeinschaften der Arbeiterbewegung abgelöst.

Der Misserfolg des BSW ...

Diese Erkenntnis ist zentral, um die Motivation und Strategie von Sahra Wagenknecht und ihrer im Januar 2024 gegründeten Partei zu verstehen. Die wesentliche Motivation des BSW, wie sie in Wagenknechts (2021) Buch *Die Selbstgerechten* entwickelt wird, besteht darin, der völkischen Gemeinschaftsvorstellung der AfD eine alternative Gemeinschaftskonzeption entgegenzusetzen, um damit Wähler*innen von den Rechtspopulisten zurückzugewinnen. Ausgehend von der Analyse, dass die Individualisierungstendenz seit dem Ende der fordristischen Gesellschaftsformation das Bedürfnis nach Gemeinschaft verstärkt, gelte es den Wähler*innen nur ein besseres Angebot zu machen, um der AfD das Wasser abzugraben. Denn, so hat Wagenknecht ihre Überzeugung mehrfach dargelegt, die Wähler*innen der AfD seien keine überzeugen Rechtsradikalen. Insofern war es nur konsequent, dass das BSW mit der Überzeugung antrat, dass alle etablierten Parteien mit ihrer Politik den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden und das Bedürfnis nach Gemeinschaft ignorieren würden. Der LINKE, von der sich das BSW im Dezember 2023 absprägte, warf Wagenknecht (2021: 21ff.) vor, linksliberale Identitäts- und Minderheitenpolitik auf Kosten der Mehrheit zu betreiben und politische Strategien für sozialen Zusammenhalt und Gemeinsinn zu vernachlässigen.

Entschlackt man das Buch *Die Selbstgerechten* von seinen polemischen Elementen, so wird schnell deutlich, auf wessen Ideen sich Wagenknecht stützt. Die Ähnlichkeit ihrer Argumentation zur Kommunitarismus-Debatte der 1990er-Jahre und den durchaus klugen Gedanken von Charles Taylor sind unverkennbar. Was Wagenknecht als »Lifestyle-Linke« bezeichnet und als Identitätspolitik kritisiert, hatte Taylor (1992: 25) bereits vor dreißig Jahren als »Politik der Differenz« identifiziert. Diese fordere die Anerkennung der »unverwechselbaren Identität eines Individuums oder einer Gruppe, ihre Besonderheit gegenüber allen anderen« (ebd.) und betone damit vor allem trennende Merkmale. Was Wagenknecht unter der »traditionellen Linken« versteht, bezeichnete Taylor als »Politik der allgemeinen Würde«, also jene Politik, die »auf etwas Universelles zielt [...], auf ein identisches Paket von Rechten und Freiheiten« (ebd.). Mit der »Politik der allgemeinen Würde« formulierte er damit den Anspruch gleichberechtigter Anerkennung, womit das verbindende Moment in den Vordergrund gestellt wird. Für Wagenknecht (2021: 21ff.; 98ff.) betreibt DIE LINKE eine »Politik der Differenz«, während

sie und ihr neugegründetes BSW ein »Zukunftsprogramm [...] gemeinschaftsorientierte Werte« (ebd.: 333) im Sinne einer »Politik der allgemeinen Würde« vertrete. Nicht die Anerkennung der Einzelnen in ihrer spezifischen Individualität sollte im Mittelpunkt der Politik stehen, sondern die Herstellung gleichberechtigter Teilhabe sowie die Anerkennung gemeinsamer kultureller Werte als Grundlage für die Bildung von Gemeinschaft. Es geht dem BSW also in erster Linie um eine »Remoralisierung der Politik« im Sinne einer stärkeren Gemeinwohlorientierung (Joas 1995: 31).

Auch ihre Gemeinschaftsdefinition entlehnt sie der Kommunitarismus-Debatte. Gemeinschaft wird bei Wagenknecht grundsätzlich national und im republikanischen Verständnis als politische Gemeinschaft gedacht (Honneth 1993; Wagenknecht 2021: 261ff.; 234ff.). Dabei wird eine geteilte moralisch-kulturelle Matrix sowohl als Voraussetzung als auch als Ergebnis kooperativen Handelns verstanden. Politische Handlungsfähigkeit entsteht erst dann, wenn Bürger*innen sich auf grundlegende Werte verständigen und diese durch gemeinschaftliche Praktiken sowie die Bereitstellung von Gemeingütern kontinuierlich reproduzieren (Calhoun u.a. 2024). Nationale Gemeinschaften werden daher als Produkte kollektiven politischen Handelns begriffen, die jedoch konstitutiv auf gemeinsame Wertevorstellungen, Sprache oder Kultur angewiesen sind, um ihre Integrationskraft entfalten zu können (Calhoun 1991; Taylor 1992). Auch Wagenknecht sieht Gemeinsinn, Loyalität und kulturelle Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft als Fundament kooperativen Handelns. Das von ihr artikulierte »Wir« bezieht sich auf eine nationale Gemeinschaft, deren verbindende Elemente Sprache, Kultur sowie geteilte Werte und gemeinsame Geschichte darstellen und deren Integrationskraft durch gemeinschaftliches Handeln reproduziert werden muss (Wagenknecht 2021: 235). Wie die Kommunitaristen versteht auch Wagenknecht politische Angriffe auf den Sozialstaat und die forcierte Individualisierung als Attacken auf den nationalen Gemeinsinn und seine Reproduktionsfähigkeit – und damit letztendlich auch auf die Grundlagen der Demokratie (Calhoun u.a. 2024; Wagenknecht 2021: 210). Dadurch eröffnete sich für sie die theoretische Möglichkeit einer Doppelabgrenzung: einerseits gegenüber der proletarischen Gemeinschaftstradition der Arbeiterbewegung – schließlich wollte das BSW nie als linke Partei verstanden werden – und andererseits gegenüber völkischen Gemeinschaftsvorstellungen (Wagenknecht 2021: 35).

Auf der Grundlage des republikanisch-kommunitaristischen Gemeinschaftsverständnisses wird auch verständlich, warum sich das BSW im medialen Diskurs so offensiv für eine Begrenzung der Einwanderung positionierte (BSW 2025: 36). Nicht weil Einwanderung aus völkischen oder rassistischen Gründen per se abzulehnen sei, sondern weil sie aus zwei Gründen

für eine nationale Gemeinschaft eine Herausforderung darstelle. So heißt es im Parteiprogramm: »Zuwanderung und das Miteinander unterschiedlicher Kulturen können eine Bereicherung sein. Das gilt aber nur, solange der Zugang auf eine Größenordnung begrenzt bleibt, die unser Land und seine Infrastruktur nicht überfordert, und sofern Integration aktiv gefördert wird und gelingt.« (BSW 2024: 4)

Aus dieser Perspektive haben *erstens* Eingewanderte ihre ursprüngliche, sozialisierende Gemeinschaft verlassen. Sie verfügen daher über abweichende kulturelle Erfahrungen, ein divergierendes Werteverständnis und sprechen zumeist auch eine andere Sprache. Einwanderung bedeutet für die nationale Gemeinschaft deshalb in erster Linie eine Kraftanstrengung und Ressourcenaufwendung, um die Eingewanderten mit der »Mehrheitskultur und deren Werten« (Wagenknecht 2021: 239) vertraut zu machen und sie zu integrieren (BSW 2024: 4; vgl. auch Taylor 1998: 148). Dies beinhaltet auch, dass durch die Eingewanderten zuvor vereinbarte Werte einer Gemeinschaft infrage gestellt und neu ausgehandelt werden können, was wiederum zu Konflikten führen kann. *Zweitens* werden Eingewanderte an Ressourcen und Gemeineigentum – etwa an den Leistungen des Sozialstaates (beispielsweise Zugang zu Sozialwohnungen) oder dem Bildungssystem – beteiligt, ohne dass sie zuvor dazu beigetragen haben. Solidarität wird insofern als exklusive Unterstützung verstanden, die erst dann in Anspruch genommen werden kann, wenn bereits etwas für die Gemeinschaft geleistet wurde.⁴ Auch hierin wird Konfliktpotenzial gesehen, da ärmere Bevölkerungsteile in Konkurrenz mit Eingewanderten im Zugang zu begrenzten Gemeinschaftsressource gesetzt werden (BSW 2024: 4; BSW 2025: 36). Einwanderung wird insofern nicht per se als Bereicherung und auch nicht als individuelles Recht bewertet.

In der hochpolarisierten Migrationsdebatte hätte das BSW mit dieser republikanisch-kommunitaristischen Perspektive die Chance gehabt, eine eigenständige und in Teilen der Bevölkerung sicherlich auch anschlussfähige Position zu artikulieren (Baumann u.a. 2024). Auf der Grundlage des republikanischen Gemeinschaftsverständnisses wäre es dem BSW möglich gewesen, die Integrationsleistungen von Migrant*innen in Deutschland anzuerkennen und gleichzeitig darauf hinzuweisen, dass gelungene Integration eben auch

⁴ Allerdings ist die Position des BSW in vielen Fragen inkonsistent und volatil und entspricht in vielen Punkten wieder nicht dem republikanisch-kommunitaristischen Gemeinschaftskonzept. Ein Beispiel ist etwa die Wehr- oder Impfpflicht, die aus republikanischer Perspektive befürwortet werden müsste, da sie zum Schutz der imaginierten Gemeinschaft sowohl nach innen als auch nach außen notwendig wäre. So ist die Wehrpflicht letztlich eine republikanische Erfindung, die der Idee folgt, dass die gemeinsamen Werte der Republik durch ihre Bürger auch mit der Waffe verteidigt werden muss (»Levée en masse«).

massive Investitionen in staatliche Infrastruktur, Integrationsprojekte und Bildung erfordert. Diese Position hätte einen Kontrapunkt zur moralisierenden Einwanderungsdebatte dargestellt, indem sie auf die für gelingende Integration notwendigen materiellen und politischen Voraussetzungen verwiesen und damit auch an reale Erfahrungen vor Ort angeknüpft hätte. Das republikanische Gemeinschaftsverständnis hätte dem BSW somit die Chance geboten, eine dritte Perspektive zwischen völkisch-nationalistischen und progressiven Einwanderungspositionen im medialen Diskurs zu etablieren, ohne auch nur das Grundrecht auf Asyl schief anschauen zu müssen.

Doch die von Wagenknecht in ihrem Buch formulierte republikanisch-kommunitaristische Gemeinschaftskonzeption scheint innerhalb des BSW entweder nicht verstanden oder Opfer taktischer Überlegungen und innerparteilicher Machtkämpfe⁵ geworden zu sein. Anstatt ihre imaginäre national-republikanische Gemeinschaftskonstruktion als konkretes Allgemeines im medialen Diskurs zu etablieren und dadurch heterogene Wählerinnenschichten zu erschließen, verfolgte man innerhalb des Bundestagswahlkampfs die eher naive Strategie, der AfD durch die Übernahme medialer Narrative ihre Wählerinnen abspenstig zu machen (siehe zur empirischen Analyse der medialen Positionierung Waldvogel/Dörr 2025). Zugleich begriff man Politik, basierend auf einem statischen Verständnis politischer Präferenzbildung und in Abgrenzung zu Kommunitarismus-Debatte, nicht als konstitutive Praxis von Gemeinschaft im Sinne einer Aktivierung gemeinwohlorientierten Handelns, sondern ausschließlich als parlamentarische Repräsentationsbeziehung. So blieb die Aufnahme von Mitgliedern bis zum Wahltag stark reglementiert und das politische Engagement auf die Listenaufstellung begrenzt. Zugleich bediente sich das BSW eben keiner »Politik der universalen Würde«, sondern – wie auch die AfD – einer Politik der Angst. Deshalb wurde es im Wahlkampf immer schwerer, die eigene republikanische Gemeinschaftskonzeption von der völkisch-nationalistischen Gemeinschaftskonzeption der AfD klar abzugrenzen. Im Gegenteil führten mediale Äußerungen und politische Manöver dazu, dass die inhaltlichen Differenzen zunehmend verschwanden.

Ein grundlegend konzeptionelles Problem, auf das bereits in den 1990er-Jahren die Kritiker der Kommunitarismus-Position aufmerksam machte. Die »kulturpessimistische Erosionsdiagnose, deren Begründung sehr eng, primär kulturell angelegt ist und sich kaum von neokonservativen Erklärungsmus-

⁵ Darauf deutet bereits das Bundestagswahlprogramm hin, dass viel stärker einen Rahmen um die heterogenen Interessen innerhalb des BSW spannte und sich in einem viel geringeren Maße auf kommunitaristisch-republikanische Ideen bezog als das kurze Parteiprogramm, dass zur Parteigründung verabschiedet wurde.

tern [...] abgrenzt«, befördert, »daß sich selbst die progressive Intentionen [des Kommunitarismus] oft nur allzuleicht in ihr Gegenteil verkehren« (Bieling 2000: 158). Auf politisch-strategischer Ebene ist die kommunitaristische Gemeinschaftsidee daher auch grundsätzlich »anfällig gegenüber autoritären Ideologien« (ebd.: 159). Als dann das BSW im Bundestag zusammen mit AfD und CDU öffentlichkeitswirksam dem sogenannten »Zustrombegrenzungsgesetz« zustimmte und sich Sahra Wagenknecht in ihrer Rede nicht vom völkischen Gemeinschaftsverständnis abgrenzte, sondern sich die grundlegenden Narrative der AfD zu eigen machte, verschwammen die konzeptionellen Unterschiede völlig. Die politische Kommunikation des BSW wurde konturlos und zeigte sich gegenüber »konservativen und autoritären Strategien oft wenig resistent« (ebd.: 160).

... und der Erfolg der Linken

Das knappe Scheitern des BSW an der Fünf-Prozent-Hürde ist eng verbunden mit dem überraschenden Erfolg der LINKEN. Während das BSW mit den konzeptionellen Schwächen ihrer kommunitaristischen Gemeinschaftsstrategie konfrontiert war, gelang es der LINKEN, durch offensiven Bezug auf das proletarische Gemeinschaftskonzept, an neuer politischer Handlungsfähigkeit zu gewinnen.

Im Bewusstsein, dass die Erosion und Auflösung von Gemeinschaften in erster Linie die solidarischen Zusammenhänge der Arbeiterklasse betroffen hat,⁶ adressierte die Wahlkampagne gezielt das Bedürfnis nach subjektiver Zugehörigkeitserfahrung und praktischer Klassensolidarität. Während das BSW mit ihrem Bezug auf den Kommunitarismus den Zusammenhang von Markt- und Klassengesellschaft zertrennte, stellte DIE LINKE diesen Zusammenhang ganz explizit heraus (DIE LINKE 2025a). Strukturelle Macht- und Herrschaftsverhältnisse sowie konkrete Formen neoliberaler Disziplinierung und sozialer Aufzehrung wurden sichtbar gemacht, während zugleich kollektive Handlungsmöglichkeiten aus der gemeinsamen Klassenposition aufgezeigt wurden. Die Partei begriff ihre Aufgabe darin, die Klassengesellschaft sichtbar und als Grundlage für lokale Gemeinschaftsbildung nutzbar zu machen.

Die Wahlkampagne konzentrierte sich auf konkrete und aktuelle Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft (Miete, Heizung, Einkauf), an der die Klassenperspektive sichtbar gemacht werden konnte (DIE LINKE 2025a). Wahl-

6 Auch wenn der Anteil der Arbeiter an den Wähler*innen der LINKEN, insbesondere im Vergleich zur AfD, auch bei der Bundestagswahl 2025 immer noch gering war, so konnte hier, ebenso wie bei den Arbeitslosen, ein Wachstum erreicht werden.

plakate wie »Ist dein Einkauf zu teuer, macht ein Konzern Kasse« (DIE LINKE 2025c) und der Werbespot mit dem Slogan »Mit unserer Arbeit machen wir das Land stark« (DIE LINKE 2025b) sprachen ein eindeutig klassenbezogenes »Wir« an. Die mediale Kommunikation der Spitzenkandidaten verstärkte diese Klassenperspektive im popkulturellen Sinne (»Eat the rich!«), während gleichzeitig artikuliert wurde, dass kollektive Organisierung die zentrale Voraussetzung für Veränderungen darstellt. In Haustürgespräche und Sozialsprechstunden wurde dieser Zusammenhang kommuniziert und dabei die Klassenposition als Grundlage für Gemeinschaftshandeln angerufen: »Alleine sind wir den Reichen und Mächtigen ausgeliefert, aber gemeinsam können wir uns wehren. Deswegen müssen wir uns zusammenschließen und gemeinsam für unsere Anliegen eintreten« (DIE LINKE 2025a: 5).

Die Wahlkampfstrategie war darauf ausgerichtet, kollektive Handlungsmöglichkeiten zu skizzieren sowie Entsolidarisierung und Individualisierung entgegenzuwirken. Anstatt dem populistischen Schema einer Dichotomie zwischen liberalen Eliten und einer national definierten Gemeinschaft zu folgen, fokussierte sich die Partei darauf, strukturelle Gegensätze zwischen oben und unten, zwischen Reich und Arm, zwischen Kapital und Arbeit aufzuzeigen. Zentral war der Verzicht auf eine rein rhetorische Beschwörung verbindender Klassenpolitik zugunsten konkreter politischer Praxis. Die Partei positionierte sich als Akteur zur Herstellung realer klassenbasierter Gemeinschaften, indem subjektives Zugehörigkeitsgefühl mit konkreter kollektiver Solidarität verbunden wurde.

Methodisch knüpften sowohl die mediale Kampagne als auch konkrete Wahlkampfaktionen an die Gemeinschaftskonzepte der Arbeiterbewegung an, indem sie die Herstellung kollektiver Handlungsmacht zur Veränderung bestehender Verhältnisse in den Vordergrund rückten. Gemeinschaft wurde als Lösungsstrategie für Probleme kommuniziert, die aufgrund herrschender Machtasymmetrien individuell nicht bewältigt werden können. Dabei wurden individuelle Identitäten weder hervorgehoben noch abgewertet. Anstelle einer »Politik der Differenz« verfolgte die LINKE eine »Politik der universellen Würde« – also eine Politik inklusiver Solidarität, die das politische Moment der Veränderbarkeit des Bestehenden betonte und mit der Herstellung von Gemeinschaft verband.

Sowohl die Haustürgespräche als auch die seit dem Bundestagswahlkampf verstetigte Arbeitsgemeinschaft »DIE LINKE hilft« zielten im Sinne des amerikanischen *community organizing* darauf ab, lokale Gemeinschaften zu schaffen und zu befähigen, kollektiv für ihre Interessen einzutreten. Der Herrschaft des Individualismus wurde die Idee der inklusiven Gemeinschaft entgegengesetzt. Im Vergleich zu früheren Wahlkämpfen zeichnete sich die Kampagne

2025 daher vor allem durch verstärkte lokale Mobilisierungsformen aus, die besonders ausgeprägt in Berlin-Lichtenberg und Berlin-Mitte zu beobachten waren. In beiden Wahlkreisen setzte die LINKE stark auf Haustrahlkampf, spitzte die Klassenfrage bewusst zu und verband eine Veränderungsperspektive diskursiv mit der Herstellung von Gemeinschaft. Während Nikolai Huke (2019: 632) noch 2019 konstatierte, dass »Links zu sein [...] sich nur selten als hilfreich [erwies], um die eigenen Lebensumstände materiell zu verbessern«, versuchte die LINKE in diesen Wahlkreisen beides miteinander zu verbinden: Organisiere dich, schaffe lokale Gemeinschaften und verbessert eure Lebensumstände – »[f]ür dich und deine Nachbarn!« (DIE LINKE 2025c).

Die Wahlergebnisse in den Berliner Wahlkreisen deuten darauf hin, dass diese Strategie Resonanz fand. In Lichtenberg konnte sich die neue Parteivorsitzende Ines Schwardtner mit 34 Prozent klar gegen die AfD-Kandidatin Beatrix von Storch durchsetzen und die LINKE auch bei den Zweitstimmen (23,5 Prozent) zur stärksten Kraft machen. In Berlin-Mitte verdoppelte DIE LINKE ihr Zweitstimmenergebnis sogar und wurde mit 27,1 Prozent deutlich vor den Grünen stärkste Kraft, die allerdings das Direktmandat knapp verteidigen konnten. In beiden Wahlkreisen wurde deutlich, dass der Fokus nicht auf eine imaginierte, nationale Gemeinschaft gelegt wurde, sondern auf die Herstellung eines subjektiven Zugehörigkeitsgefühls und seiner Verbindung mit praktischer Solidarität. Die Wahlkommunikation hob hervor, dass individuelle Strategien angesichts real existierender struktureller Machtasymmetrien nur begrenzte Wirksamkeit besitzen (DIE LINKE 2025a). Kollektive Organisierung wurde als Voraussetzung für Veränderung kommuniziert, und zwar konkret vor Ort im Stadtteil oder im Dorf, in lokalen Strukturen.

Lokale Hilfeangebote wie die Mietwucherapp oder das Meldeportal zum Mindestlohn brachen diesen Ansatz für eine direkte Ansprache der Menschen herunter. Sie boten einerseits direkten Mehrwert für Betroffene, andererseits wiesen sie auf die Notwendigkeit kollektiver Organisierung hin. Diese doppelte Funktion ermöglichte es, kein rein individuelles Repräsentationsversprechen zu formulieren, sondern zumindest teilweise die Rolle eines verbindenden Klassenakteurs einzunehmen, der zum Gemeinschaftshandeln aufruft, verschiedene solidarische Gemeinschaften miteinander verbindet und sie im Parlament repräsentiert.

Hier offenbart sich auch die zukünftig größte Herausforderung der Partei: diese Rolle langfristig anzunehmen und auszufüllen. Damit verbunden ist nicht zuletzt eine organisatorische Anpassung, um die strategische Kohärenz wahren. Der auf dem Bundesparteitag im Mai 2025 beschlossene Leitantrag deutet jedoch darauf hin, dass die Partei den eingeschlagenen Pfad weitergehen will (DIE LINKE 2025d). Zudem muss eine Strategie ent-

wickelt werden, wie der erfolgreiche Wahlkampf auf ländliche Regionen übertragen werden kann, wo die Herstellung von subjektivem Zugehörigkeitsgefühl und praktischer Klassensolidarität schwerer zu übersetzen ist als in urbanen Kontexten mit räumlicher Nähe und deutlicher sichtbaren Klassengegensätzen.

Trotz dieser Herausforderungen lässt sich konstatieren, dass die Partei DIE LINKE auch dank einer Rückbesinnung auf die proletarische Gemeinschaftskonzeption im Bundestagswahlkampf ihre Krise überwinden konnte. Die Wahlkampagne kann insofern als erster erfolgreicher Versuch interpretiert werden, die Partei als verbindenden Klassenakteur innerhalb der individualisierten Marktgemeinschaft neu zu positionieren. Dies ermöglichte es, die Partei mit jenem kollektiven Gefühl zu assoziieren, das in solidarischen Kämpfen erfahrbar wird – dem Gefühl, durch Zugehörigkeit zu einer solidarischen Gemeinschaft die individuelle Ohnmacht zu überwinden und durch solidarisches Miteinander das Bestehende zu verändern. Es ist jenes subjektive Zugehörigkeitsgefühl, das verbunden mit konkreter Solidarität die Idee verdeutlicht, die der Arbeiterbewegung seit jeher eingeschrieben ist und mit der sie dem Individualismus der bürgerlichen Gesellschaft radikal entgegensteht: »Niemals Alleine, immer Gemeinsam!« (DIE LINKE 2025e)

Literatur

- Amlinger, Carolin / Nachtwey, Oliver (2023): Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus. Berlin.
- Baumann u.a. (2024): Wer wählt »Bündnis Sahra Wagenknecht«? Aktuelle Erkenntnisse über die BSW-Wahlbereitschaft aus der WSI-Erwerbspersonenbefragung. Düsseldorf.
- Berlin, Isaiah (Hg.) (2005): Liberty. Oxford. DOI: <https://doi.org/10.1093/019924989X.001.0001>.
- Bieling, Hans-Jürgen (2000): Dynamiken sozialer Spaltung und Ausgrenzung. Gesellschaftstheorien und Zeitdiagnosen. Münster.
- Boehnke, Klaus u.a. (2024): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2023. Gütersloh. DOI: <https://doi.org/10.11586/2024051>.
- BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht) (2024): Unser Parteiprogramm. Berlin.
- (2025): Unser Land verdient mehr! Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2025. Berlin.
- Calhoun, Craig (1991): Indirect Relationships and Imagined Communities: Large-Scale Social Integration and the Transformation of Everyday Life. In: Bourdieu, Pierre / Coleman, James (Hg.): Social Theory for a Changing Society: 95-121. DOI: <https://doi.org/10.4324/9780429306440-4>.
- Calhoun, Craig J. u.a. (2024): Zerfallserscheinungen der Demokratie. Berlin.
- Candeias, Mario (2025): Die Linke – ein Wintermärchen. URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de>, Zugriff: 17.7.2025.
- Case, Charleen R. u.a. (2015): Affiliation-seeking among the powerless: Lacking power increases social affiliative motivation. In: European Journal of Social Psychology 45(3): 378-385. DOI: <https://doi.org/10.1002/ejsp.2089>.
- Demirović, Alex (2022): Die Krise der Partei DIE LINKE. In: PROKLA 209 52(4): 607-628. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v52i209.2026>.

- Deppe, Frank (2016): Übergang ins 21. Jahrhundert. Neue Weltordnung, Finanzkapitalismus, Green New Deal, Politisierung der Religion, Ende der Sozialdemokratie? Sozialismus im 21. Jahrhundert. Hamburg.
- DIE LINKE (2025a): Alle wollen regieren. Wir wollen verändern. Wahlprogramm 2025. Berlin.
- (2025b): »Auf die arbeitenden Menschen kommt es an!«. Ein Wahlwerbespot der Partei DIE LINKE. Berlin.
 - (2025c): Bundestagswahl 2025 – Unsere Kampagne. URL: <https://www.die-linke.de>, Zugriff: 10.9.2025.
 - (2025d): Leitantrag: Wir sind die Hoffnung! Berlin.
 - (2025e): Niemals Alleine, Immer Gemeinsam! Die Linke im Wahlkampf: Mach Mit! Berlin.
- Durkheim, Émile (1992): Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften. Frankfurt/M.
- Eribon, Didier (2023): Rückkehr nach Reims. Berlin.
- Fiedler, Malte u.a. (2025): Wahlnachtbericht zur Bundestagswahl 2025. Berlin.
- Forsa (2025): Gesundes Miteinander 2025. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung. Berlin.
- Gallas, Alexander (2016): The Thatcherite offensive. A neo-Poulantzasian analysis. Leiden. DOI: <https://doi.org/10.1163/9789004292215>.
- Gertenbach, Lars u.a. (2010): Theorien der Gemeinschaft zur Einführung. Hamburg.
- Hardt, Michael / Negri, Antonio (2004): Multitude. Krieg und Demokratie im Empire. Frankfurt/M.
- Honneth, Axel (Hg.) (1993): Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. Frankfurt/M.
- Huke, Nikolai (2019): Neolibrale Alternativlosigkeit, progressiver Liberalismus und der Aufstieg des autoritären Populismus. In: PROKLA 197 49(4): 631-644. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v49i197.1850>.
- Joas, Hans (1995): Der Kommunitarismus – eine neue »progressive Bewegung«? In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung 8(3): 29–38. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-322-98529-3_5.
- Kanzleiter, Boris (2025): Eine andere Art, Politik zu machen. URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de>, Zugriff: 17.7.2025.
- Klauke, Sebastian (2022): Zur linken Rezeptionsgeschichte von Gemeinschaft und Gesellschaft. In: Bickel, Cornelius / Klauke, Sebastian (Hg.): Ferdinand Tönnies und die Soziologie- und Geistesgeschichte. Wiesbaden: 69–102. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-39241-3_5.
- Kleemann, Frank u.a. (1999): Zur Subjektivierung von Arbeit. Berlin.
- Lösche, Peter / Walter, Franz (1989): Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder solidargemeinschaftlicher Höhepunkt? In: Geschichte und Gesellschaft 15(4): 511–536.
- Louis, Édouard (2015): Das Ende von Eddy. Roman. Frankfurt/M.
- Ma, Anyi u.a. (2024): Threats to personal control fuel similarity attraction. In: Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America 121(43): e2321189121. DOI: <https://doi.org/10.1073/pnas.2321189121>.
- MEW – Marx, Karl / Engels, Friedrich: Marx-Engels-Werke. Berlin 1956ff.
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin.
- Naphtali, Fritz (1928): Wirtschaftsdemokratie. Berlin.
- Plessner, Helmuth (2002): Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus. Frankfurt/M.
- Pongratz, Hans. / Voß, Günter (2003): From employee to »entreployee«. In: Concepts and Transformation 8(3): 239–254. DOI: <https://doi.org/10.1075/cat.8.3.04pon>.
- PROKLA Redaktion (2022): Editorial: Die Linke zwischen Krise und Bewegung. In: PROKLA 209 52(4): 560–568. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v52i209.2027>.

- Rödl, Florian (2012): Privatrechtliche Gerechtigkeit und arbeitsrechtliche Tarifautonomie. In: Bieder, Marcus / Hartmann, Felix (Hg.): Individuelle Freiheit und kollektive Interessenwahrnehmung im deutschen und europäischen Arbeitsrecht. Assistententagung im Arbeitsrecht 2011 in Osnabrück. Tübingen: 81-103.
- Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Frankfurt/M.
- Schäfers, Bernhard / Lehmann, Bianca (2024): Gemeinschaft. In: Kopp, Johannes / Steinbach, Anja (Hg.): Grundbegriffe der Soziologie. Wiesbaden: 143-146. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-42676-7_25.
- Schulten, Thorsten (2025): Tarifautonomie und Wirtschaftsdemokratie. In: Rödl, Florian / Syrovatka, Felix (Hg.): Tarifbürgerschaft. Die Tarifautonomie in der modernen Demokratie. Frankfurt/M.: 79-100.
- Sinzheimer, Hugo (1907): Der korporative Arbeitsnormenvertrag. Eine privatrechtliche Untersuchung. Berlin.
- Streeck, Wolfgang (2025): Doppelherrschaft? Parlamentarische Demokratie und Tarifautonomie. In: Rödl, Florian / Syrovatka, Felix (Hg.): Tarifbürgerschaft. Die Tarifautonomie in der modernen Demokratie. Frankfurt/M.: 45-56.
- Stützel, Wolfgang (1981): Marktpreis und Menschenwürde. Stuttgart.
- Syrovatka, Felix (2025): Tarifbürgerschaft. Zur demokratischen Essenz der Tarifautonomie. In: Rödl, Florian / Syrovatka, Felix (Hg.): Tarifbürgerschaft. Die Tarifautonomie in der modernen Demokratie. Frankfurt/M.: 9-31.
- Taylor, Charles (1992): Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. Frankfurt/M.
- (1998): The Dynamics of Democratic Exclusion. In: Journal of Democracy 9(4): 143-156. DOI: <https://doi.org/10.1353/jod.1998.0068>.
- Tönnies, Ferdinand (2019): Gemeinschaft und Gesellschaft. Berlin/Boston.
- Wagenknecht, Sahra (2021): Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt. Frankfurt/New York.
- Waldvogel, Thomas / Dörr, Nikolas (2025): Nothing left? Die Positionierung des Bündnis Sahra Wagenknecht in der deutschen Parteienlandschaft zur Europawahl 2024. In: Zeitschrift für Politik 72(1): 3-21. DOI: <https://doi.org/10.5771/0044-3360-2025-1-3>.
- Warnke, Moritz (2025): RLS-Wahlnachtbericht zur Bundestagswahl. Berlin.
- Weber, Max (1980): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen.
- Wedderburn, Lord (1989): Freedom of Association and Philosophies of Labour Law. In: Industrial Law Journal 18(18): 1-38. DOI: <https://doi.org/10.1093/ilj/18.1.1>.
- Wolf, Harald (2025): Auf Triggerpunkten tanzen. Wie die Linkspartei ihren Erfolg verstetigen kann. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 70(7): 117-123.
- Wolter, Kerstin (2025): Eine linke Polarisierungsunternehmerin. URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de>, Zugriff: 17.7.2025.

BERTZ + FISCHER

Reihe
RECHT – STAAT – KRITIK



AG Rechtskritik (Hg.)
Rechtskritik mit Louis Althusser
216 Seiten | Pb. | Fadenheftung
14,8 x 21 cm | € 20,- [D]
ISBN 978-3-86505-805-8

Mit Beiträgen von Katja Diefenbach,
André Kistner, Ingo Kramer, Hanna
Meißner, Jens Christian Müller-Tuckfeld,
Matthias Peitsch, Christian Schmidt,
Laurent de Sutter und Frieder Otto Wolf.

AG Rechtskritik (Hg.)
**Rechts- und Staatskritik nach
Marx und Paschukanis**
140 Seiten | Pb. | Fadenheftung
14,8 x 21 cm | € 14,90 [D]
ISBN 978-3-86505-802-7

Mit Beiträgen von Andreas Arndt,
Simon Birnbaum, Ingo Elbe, Andreas
Fisahn, Heide Gerstenberger, Jakob
Graf, Andreas Harms, Mohammad
Kalali, Ashkan Khorasani, André
Kistner, Ingo Kramer, Anne-Kathrin
Krug und Matthias Peitsch.

